**Deutscher Bundestag**
**13. Wahlperiode**

**Drucksache 13/10103**

06. 03. 98

# Große Anfrage

**der Abgeordneten Siegmar Mosdorf, Dr. Ingomar Hauchler, Ernst Schwanhold, Dr. Elke Leonhard, Marion Caspers-Merk, Brigitte Adler, Robert Antretter, Ingrid Becker-Inglau, Wolfgang Behrendt, Hans Berger, Rudolf Bindig, Dr. Eberhard Brecht, Hans Büttner (Ingolstadt), Hans Martin Bury, Dr. Marliese Dobberthien, Freimut Duve, Ludwig Eich, Gabriele Fograscher, Anke Fuchs (Köln), Dieter Grasedieck, Dr. Liesel Hartenstein, Rolf Hempelmann, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Frank Hofmann (Volkach), Wolfgang Ilte, Dr. Uwe Jens, Volker Jung (Düsseldorf), Sabine Kaspereit, Susanne Kastner, Nicolette Kressl, Volker Kröning, Werner Labsch, Detlev von Larcher, Klaus Lennartz, Markus Meckel, Ulrike Mehl, Herbert Meißner, Michael Müller (Düsseldorf), Jutta Müller (Völklingen), Christian Müller (Zittau), Volker Neumann (Bramsche), Georg Pfannenstein, Joachim Poß, Hermann Rappe (Hildesheim), Reinhold Robbe, Bernd Scheelen, Horst Schild, Dieter Schloten, Günter Schluckebier, Dagmar Schmidt (Meschede), Dr. Mathias Schubert, Dietmar Schütz (Oldenburg), Reinhard Schultz (Everswinkel), Dr. R. Werner Schuster, Dr. Angelica Schwall-Düren, Horst Sielaff, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Dr. Dietrich Sperling, Jörg-Otto Spiller, Dr. Peter Struck, Joachim Tappe, Dr. Bodo Teichmann, Margitta Terborg, Adelheid Tröscher, Günter Verheugen, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Josef Vosen, Hans Wallow, Wolfgang Weiermann, Lydia Westrich, Dr. Christoph Zöpel, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD**

## Politische Antworten auf die wirtschaftliche Globalisierung

Technologische und ökonomische Entwicklungen sowie politische Entscheidungen in den letzten Jahrzehnten haben dazu geführt, daß sich Wirtschafts- und Finanzmärkte über die Grenzen hinweg immer stärker vernetzt haben. Die „Globalisierung" ist aber nicht auf den ökonomischen Bereich beschränkt. Sie hat einschneidende Folgen auf alle gesellschaftlichen Bereiche, insbesondere auf Beschäftigung und soziale Sicherheit, Umwelt und Kultur.

Die wirtschaftliche Globalisierung vollzieht sich im internationalen Handel und bei den Direktinvestitionen, im grenzüberschreitenden Fluß von Geld und Kapital. Dieses bietet große Chancen, insbesondere für fortgeschrittene Volkswirtschaften, die wir nutzen wollen. Die Globalisierung schränkt aber auch teilweise die Fähigkeit der Politik ein, Probleme von Beschäftigung und Umwelt, Drogen und Kriminalität, Bestechung und Steuerflucht national zu lösen. Vielfach dient die Globalisierung allerdings auch als vorgeschobenes Argument, um ein Defizit an politischem Handlungswillen zu übertünchen.

Vor allem große Unternehmen haben die Chancen, die ihnen grenzüberschreitender Waren- und Dienstleistungsaustausch,

grenzüberschreitende Kommunikation und Faktormobilität bieten, bereits genutzt. Sie diktieren auf vielen Feldern den Staaten einen harten Standortwettbewerb, der dazu geführt hat, daß in den Industrieländern eine soziale und ökologische Abwärtsspirale in Gang gesetzt wurde und eine nachhaltige Entwicklung in Frage gestellt wird.

Es besteht also die Gefahr, daß die Chancen, die die Globalisierung bietet, einseitig genutzt werden und viele Probleme, die daraus entstehen, politisch nicht gelöst werden.

In dieser Lage ist die Politik herausgefordert, ihre Fähigkeit zur Gestaltung globaler Entwicklung besser zu nutzen. Dazu sind verstärkte Initiativen der Bundesregierung, vor allem auch im internationalen und europäischen Rahmen, dringend erforderlich. Die Bundesregierung muß sich dafür einsetzen, daß das Konzept einer sozialen Weltmarktwirtschaft in ökologischer Verantwortung verwirklicht wird, statt tatenlos zuzusehen, wie die Globalisierung der Politik entgleitet und notwendige internationale Vereinbarungen entweder nicht zustande kommen oder am Widerstand wirtschaftlicher Macht, nationaler Sonderinteressen oder hegemonialer Ansprüche scheitern.

Die jüngste Krise in Südostasien zeigt, welche Wirkungen die internationale Kapitalverflechtung auf die Menschen in der Region haben kann, aber auch, welche Rückwirkungen sich durch die immer enger werdende internationale Verflechtung auf Wachstum und Beschäftigung in den Industrieländern ergeben. Sie zeigt auch, daß radikal-liberale Konzepte von Entwicklung in Frage gestellt werden müssen, daß insbesondere der Finanzsektor schweren Fehleinschätzungen unterlegen ist und daß wir einen gemeinwohlorientierten Ordnungsrahmen brauchen.

Daraus ergibt sich, daß verstärkte Anstrengungen unternommen werden müssen, um internationale Regime und Institutionen zu reformieren und internationale Vereinbarungen verpflichtend umzusetzen. Die Bundesregierung hat es versäumt, in diesem Sinne ihren Einfluß geltend zu machen und konkrete Problemlösungen voranzutreiben.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

*I. Ergebnisse der Globalisierung*

1. Wie haben sich seit 1982 die Wechselkurse der wichtigsten Währungen in den Industrie- und Entwicklungsländern entwickelt?

   Welche Entwicklungen zeigt die Statistik insbesondere für die USA, Japan, Deutschland, im Vergleich dazu für die wichtigsten Schwellenländer?

2. Wie haben sich im selben Zeitraum in diesen Ländern die Unternehmensgewinne und Einkommen der abhängig Beschäftigten sowie ihr jeweiliger Beitrag am Steueraufkommen entwickelt, wenn man das Jahr 1982 als Basisjahr für eine Indexierung wählt?

3. Wie haben sich im selben Zeitraum und für die genannten Länder die Wachstumsraten, Importe und Exporte, die Direktinvestitionen und die Arbeitslosenquoten entwickelt?

4. Welche Entwicklungen ergaben sich in diesem Zeitraum hinsichtlich der Unternehmenskonzentration, insbesondere: wie haben sich die Umsätze, die Gewinne und die Zahl der Beschäftigten der 100 größten internationalen Konzerne entwikkelt, und welchen Anteil hatten sie am weltweiten Volumen der internationalen Direktinvestitionen, des Handels und des Bruttosozialprodukts?

   Welchen Anteil hatten bei diesen Firmen die Unternehmenssteuern an ihrem Umsatz?

*II. Internationale politische Regelungen*

5. Welche Initiativen hat die Bundesregierung international zur Stabilisierung der Wechselkurse ergriffen, und welche beabsichtigt sie in Zukunft zu ergreifen?

   Insbesondere:

   – Welcher Beitrag soll auf Ebene der G7 und des Internationalen Währungsfonds (IWF) geleistet werden?

   – Welchen Beitrag soll die Einführung des Euro zur Stabilisierung der Wechselkurse leisten?

   – Welchen Beitrag könnte die Einführung der sogenannten Tobin-Steuer zur Dämpfung von Spekulationsschwankungen leisten?

   – Welche Vorschläge hat die Bundesregierung, um internationalen Währungs- und Bankenkrisen vorzubeugen?

6. Welche Initiativen hat die Bundesregierung bisher unterstützt, und welche wird sie in Zukunft unterstützen, um Arbeits- und Sozialstandards sowie Umweltstandards verbindlich durchzusetzen?

   Insbesondere:

   – Welche konkreten Vorstellungen bringt die Bundesregierung zum Thema Handel und Umwelt bei Verhandlungen in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Welthandelsorganisation (WTO) ein?

   – Warum bleibt die Bundesregierung bei ihrer Haltung, das Thema Arbeits- und Sozialstandards nicht in der WTO zu behandeln?

7. Welche Initiativen hat die Bundesregierung bisher international hinsichtlich der Regelungen internationaler Investitionen ergriffen, und welche beabsichtigt sie in Zukunft zu ergreifen?

   Insbesondere:

   – Welchen Beitrag soll das im Rahmen der OECD ausgearbeitete Multilateral Agreement on Investments (MAI) leisten?

   – Inwieweit sollen dort insbesondere internationale Sozial- und Umweltstandards festgeschrieben werden?

- Inwieweit soll sichergestellt werden, daß nationale Handlungsspielräume für eine kulturell, sozial und ökologisch verträgliche Entwicklung von Investitionen erhalten bleiben?

8. Welche Initiativen hat die Bundesregierung bisher international zur Herstellung eines fairen internationalen Wettbewerbs ergriffen, und welche beabsichtigt sie in Zukunft zu ergreifen?

   Insbesondere:

   - Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für vordringlich, um internationale Unternehmenskonzentration, Absprachen in Kartellen und strategischen Allianzen sowie staatliche Subventionen einzudämmen?
   - Welche Einschätzung hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang zur Harmonisierung staatlicher Exportversicherungssysteme, mit denen private Geschäftsrisiken auf den Staat – und damit den Steuerzahler – verlagert werden, und welche Initiativen will die Bundesregierung hier ergreifen?
   - Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, damit Unternehmen aus Entwicklungsländern befähigt werden, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren?

9. Welche Initiativen hat die Bundesregierung bisher international ergriffen, um internationale Korruption und Steuerflucht zu bekämpfen, und welche beabsichtigt sie in Zukunft zu ergreifen?

   Insbesondere:

   - Hält die Bundesregierung es für notwendig, international verbindliche Regelungen zu treffen, um bei der Bestechung ausländischer Amtsträger über die Strafbarkeit hinaus auch die steuerliche Absetzbarkeit solcher Bestechungsgelder vollständig abzuschaffen?

     Wenn ja, was unternimmt sie in dieser Richtung?
   - Welche Regelungen hält die Bundesregierung für notwendig, um Steuerflucht und Steuerdumping in Zukunft zu verhindern?

     Wie beurteilt sie die laufenden Aktivitäten im Rahmen der OECD?
   - Welche Initiativen unternimmt sie, damit insbesondere die Unternehmenssteuern und Kapitalertragssteuern nicht primär zur Erzielung staatlicher Standortvorteile festgesetzt werden?

10. Welchen weiteren neuen Regelungsbedarf sieht die Bundesregierung in einer globalisierten Weltwirtschaft, um das Leitbild einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft durchzusetzen?

*III. Reform internationaler Institutionen*

11. Welche Initiativen hat die Bundesregierung bisher ergriffen, damit IWF, Weltbank, WTO und Internationale Arbeitsorganisation (ILO) gestärkt und ihre Vereinbarungen von allen

Mitgliedern tatsächlich umgesetzt werden, und welche beabsichtigt sie in Zukunft zu ergreifen?

Insbesondere:

- Welche Initiativen hat sie bisher ergriffen, um hier Doppelarbeit und Reibungsverluste zu vermeiden sowie den gegenseitigen Informationsaustausch und auch die Abstimmung mit den Vereinten Nationen (VN) und ihren Unterorganisationen, insbesondere mit der VN-Entwicklungsorganisation UNDP und der VN-Umweltorganisation UNEP, zu verbessern?
- Was ist aus dem Vorschlag der Bundesregierung geworden, der WTO eine Weltumweltorganisation (WEO) gleichberechtigt gegenüberzustellen?
- Welche internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen hält die Bundesregierung für nicht ausreichend leistungsfähig, und welche Vorschläge hat sie zu ihrer Reform?

12. Sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit, für bestimmte Aufgaben neue internationale Organisationen zu schaffen bzw. solche Aufgaben bestehenden Organisationen zusätzlich zu übertragen?

    Sieht sie eine solche Notwendigkeit insbesondere im Hinblick auf folgende Aufgaben:

    - Gewährleistung und Sicherung eines fairen internationalen Wettbewerbs,
    - Umsetzung und Überwachung eines multilateralen Investitionsabkommens,
    - Bekämpfung internationaler Wirtschaftskriminalität und des organisierten Verbrechens,
    - Vereinbarung von unseren nationalen Standards entsprechender internationaler Banken- und Börsenaufsicht,
    - Sicherung des Urheberrechtes?

13. Welche Initiativen beabsichtigt die Bundesregierung, um insbesondere die nachfolgend genannten bestehenden internationalen Institutionen zu stärken?

    Insbesondere:

    - Wie soll die ILO gestärkt werden, daß die in ihr vereinbarten Sozial- und Arbeitsstandards national wirksam werden?
    - Soll die WTO in die Lage versetzt werden, daß auch durch handelspolitische Maßnahmen international vereinbarte Arbeits- und Umweltstandards durchgesetzt werden?
    - Welche institutionellen Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um den IWF in die Lage zu versetzen, Finanz- und Währungskrisen früher zu erkennen, ihnen vorzubeugen und insbesondere massive Finanztransfers, die realwirtschaftlich keine Basis haben, einzudämmen?

      Wie soll künftig die Aufgabenverteilung zwischen dem IWF und der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) organisiert werden?

– Wie soll sichergestellt werden, daß Ziele und Aufgaben der Weltbank besser mit den VN und ihren Unterorganisationen abgestimmt werden?

14. Welche Rolle soll nach Ansicht der Bundesregierung in Zukunft die OECD im internationalen Gefüge einnehmen, und welche Initiativen plant sie dazu?

    Insbesondere:

    – Sollen in der OECD über Empfehlungen hinaus künftig mehr verbindliche Konventionen vorbereitet und verabschiedet werden?

    – Welche Initiativen wird die Bundesregierung in der nächsten Zeit ergreifen, um Empfehlungen und Konventionen der OECD, insbesondere zur Bekämpfung der Korruption, zum Mißbrauch der Steuerpolitik im Standortwettbewerb und zum Multilateralen Investitionsabkommen, in nationales Recht umzusetzen?

    – Welche Voraussetzungen müssen dafür geschaffen werden, um die OECD in die Lage zu versetzen, die Umsetzung ihrer Abkommen auch zu überprüfen?

15. Welche institutionellen und inhaltlichen Vorschläge macht die Bundesregierung, um die EU in die Lage zu versetzen, nicht nur Preis- und Währungsstabilität zu sichern, sondern auch eine auf Beschäftigung und soziale Sicherheit gerichtete Wirtschaftspolitik zu fördern sowie für ganz Europa Impulse zur Entwicklung zu geben?

    – Welche Vorschläge hat die Bundesregierung, um eine integrierte europäische Struktur-, Technologie- und Infrastrukturpolitik zu fördern und gemeinsame Initiativen zur Förderung von Mittelstand, Arbeitsmarkt und Qualifikation voranzutreiben?

    – In welcher Weise soll die Europäische Investitionsbank (EIB) in Zukunft solche gemeinsamen Vorhaben stärker unterstützen?

    – Wie kann die Osteuropabank (EBRD) in die Lage versetzt werden, den wirtschaftlichen Aufbau der mittel- und osteuropäischen Länder wirksamer zu unterstützen, und wie kann eine bessere Abstimmung zwischen ihr und der Weltbank erreicht werden?

16. Welche Initiativen wird die Bundesregierung ergreifen, damit die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit verstärkt und besser koordiniert wird?

    Insbesondere:

    – Welche Vorschläge macht die Bundesregierung, um insbesondere für arme Entwicklungsländer eine realwirtschaftlich notwendige Entschuldung zu erreichen?

    – Welche Vorschläge macht die Bundesregierung, um durch Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit die Konkurrenzfähigkeit armer Entwicklungsländer zu stärken, damit sie Chancen, die die Integration in den Weltmarkt bietet, nutzen können?

– Wird die Bundesrepublik Deutschland international Initiativen ergreifen, um die Institutionen der VN und die Weltbank organisatorisch, institutionell und finanziell in die Lage zu versetzen, die internationalen Konventionen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung mit in die Tat umzusetzen?

Bonn, den 6. März 1998

**Siegmar Mosdorf**
**Dr. Ingomar Hauchler**
**Ernst Schwanhold**
**Dr. Elke Leonhard**
**Marion Caspers-Merk**
**Brigitte Adler**
**Robert Antretter**
**Ingrid Becker-Inglau**
**Wolfgang Behrendt**
**Hans Berger**
**Rudolf Bindig**
**Dr. Eberhard Brecht**
**Hans Büttner (Ingolstadt)**
**Hans Martin Bury**
**Dr. Marliese Dobberthien**
**Freimut Duve**
**Ludwig Eich**
**Gabriele Fograscher**
**Anke Fuchs (Köln)**
**Dieter Grasedieck**
**Dr. Liesel Hartenstein**
**Rolf Hempelmann**
**Jelena Hoffmann (Chemnitz)**
**Frank Hofmann (Volkach)**
**Wolfgang Ilte**
**Dr. Uwe Jens**
**Volker Jung (Düsseldorf)**
**Sabine Kaspereit**
**Susanne Kastner**
**Nicolette Kressl**
**Volker Kröning**
**Werner Labsch**
**Detlev von Larcher**
**Klaus Lennartz**
**Markus Meckel**
**Ulrike Mehl**
**Herbert Meißner**
**Michael Müller (Düsseldorf)**
**Jutta Müller (Völklingen)**
**Christian Müller (Zittau)**
**Volker Neumann (Bramsche)**
**Georg Pfannenstein**
**Joachim Poß**
**Hermann Rappe (Hildesheim)**
**Reinhold Robbe**
**Bernd Scheelen**
**Horst Schild**
**Dieter Schloten**
**Günter Schluckebier**
**Dagmar Schmidt (Meschede)**
**Dr. Mathias Schubert**
**Dietmar Schütz (Oldenburg)**
**Reinhard Schultz (Everswinkel)**
**Dr. R. Werner Schuster**
**Dr. Angelica Schwall-Düren**
**Horst Sielaff**
**Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk**
**Dr. Dietrich Sperling**
**Jörg-Otto Spiller**
**Dr. Peter Struck**
**Joachim Tappe**
**Dr. Bodo Teichmann**
**Margitta Terborg**
**Adelheid Tröscher**
**Günter Verheugen**
**Karsten D. Voigt (Frankfurt)**
**Josef Vosen**
**Hans Wallow**
**Wolfgang Weiermann**
**Lydia Westrich**
**Dr. Christoph Zöpel**
**Rudolf Scharping und Fraktion**

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333